



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 29. Januar 2016

PRESSEINFORMATION

Essen endlich durch beschleunigte Asylverfahren entlasten: Witzel stimmt für Ausweitung sicherer Herkunftsländer

Die Flüchtlingskrise ist auch im neuen Jahr zurecht das herausragende Thema im Landesparlament, wie der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel mit Blick auf die verschiedenen Debatten in dieser Plenarwoche bilanziert: „Die Stimmung in der Bevölkerung ist verständlicherweise angespannt, und der Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit der Regierungen ist bis in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft deutlich spürbar. Bis heute fehlt leider der mehrheitliche Wille zu tragfähigen Lösungen, die das Problem der unkontrollierten Masseneinwanderung lindern. Für die zur Aufnahme verpflichteten betroffenen Kommunen ist dieser Zustand nicht länger haltbar. Nordrhein-Westfalen muß daher als größtes Bundesland seine Untätigkeit und Verweigerungshaltung aufgeben sowie aktiv zu Lösungen beitragen.“

Um die drängendsten Probleme in der Flüchtlingspolitik angehen zu können, hat die FDP zusammen mit der CDU in dieser Woche verschiedene Initiativen in den Landtag eingebracht, die als Ziel insbesondere auch die organisatorische und finanzielle Entlastung der Städte im Blick haben.

Konkret hat die Opposition die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, daß Algerien, Marokko und Tunesien umgehend zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, um eine schnelle Rückführung der Einwanderer zu ermöglichen. „Die Zahl der Asylbewerber aus Marokko und Algerien steigt seit Ende letzten Jahres stark an und verursacht zahlreiche Konflikte“, erläutert Witzel.

„Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums sind die Chancen auf ein Bleiberecht für Asylbewerber aus diesen Staaten jedoch äußerst gering. Im vergangenen Jahr wurden gerade einmal 1,6 Prozent der algerischen und 3,7 Prozent der marokkanischen Asylbewerber anerkannt. Die Schutzquote für Asylbewerber aus Tunesien liegt sogar nur bei 0,2 Prozent.“ Der „Aktionsplan Balkan“ soll daher auch umgehend auf Asylbewerber aus Marokko, Tunesien und Algerien ausgeweitet werden. Asylbewerber aus diesen Staaten sollten ferner für die gesamte Verfahrensdauer in Landeseinrichtungen verbleiben, und dann direkt aus diesen zurückgeführt und künftig nicht mehr den Kommunen zugewiesen werden, was für Städte wie Essen eine enorme finanzielle Entlastung mit sich bringen würde.

Für die FDP ist völlig unverständlich, daß sich Nordrhein-Westfalen weiterhin dieser Forderung verschließt, obwohl bereits mehrere andere rot/grüne Landesregierungen zu diesen Überlegungen ihre Zustimmung signalisiert haben.